

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116. Fernsprecher: Amt Lünow, 2513.  
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)  
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 16.

Berlin, den 21. April 1912.

13. Jahrgang.

## Gewerkschaftliche Grundfragen.

I.

In Verfolg des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier sind gegen die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen aus dem sozialdemokratischen Lager — politisch wie gewerkschaftlich — Anklagen und Verdächtigungen erhoben worden, die den Boden der Sachlichkeit entweder gar nicht oder nur minimal und auch dann noch gefährdet berühren. Es ist wohl kaum zu viel gesagt, wenn wir behaupten, eine ähnliche Verwirrung und Verwilderung ist noch nie im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften zutage getreten. Die fundamentalsten gewerkschaftlichen Grundsätze wurden außer Anschlag gesetzt, und jene Triebkräfte geradezu gewaltsam genährt, deren Auftreten bei den großen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgeberverbänden in den letzten Jahren gerade die „freie“ Gewerkschaftspressen beklagte und bekämpfte. Wir erinnern an die Erscheinungen nach der Erneuerung des Buchdruckerarbeitsvertrags in 1906 und 1911, nach dem Abbruch des Kampfes im Baugewerbe in 1910, an die kürzlichen Vorgänge nach dem Tarifabschluß im Buchdruckerhilfsarbeitergewerbe und ganz neuerdings beim Tarifabschluß im Schneidergewerbe. In allen diesen Fällen — die noch erheblich vermehrt angeführt werden könnten — handelt es sich um mehr oder weniger offene Rebellion einzelner Orte gegen die für die Gesamtheit des Gewerbes getroffenen tariflichen Abmachungen mit den Unternehmern, weil sie mit dem für sie geltenden materiellen Resultat nicht einverstanden waren. Die Rebellion ging so weit, daß große Verbandsgruppen die Abführung der Beiträge an die Zentrale ihres Verbandes verweigerten. Diese sich mehrenden Erscheinungen haben sich zu einem wichtigen Problem im „freien“ Gewerkschaftslager verdichtet, dessen Lösung ihre Verbandsleitungen beschäftigt und manche Feder in Bewegung setzt.

Nun sind wir ja im Bergbau nicht so weit wie in den handwerksmäßigen Berufen. Die Bergarbeiterorganisationen umfassen nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der Belegschaften, ihre Arbeitsverhältnisse werden nur durch die Zechenbesitzer bestimmt. Da liegt gewiß das Problem anders als in den Berufen mit weit vorgeschrittener Tarifentwicklung. Trotzdem muß man die Haltung der „freien“ Gewerkschaftspressen und der freien Gewerkschaftsführer (nicht aller) nicht nur bestaunen, sondern auch bedauern. Die Voraussetzungen für das Gelingen eines Kampfes sind in ihrer grundsätzlichen Art hier wie dort die gleichen: Lage der Konjunktur, Stärke der Organisation und ihre finanzielle Bereitschaft, der einheitliche Wille für den Kampf, die Durchführbarkeit der gestellten Forderungen, die öffentliche Meinung usw. Diese bleiben sich überall gleich, hinzu kommen dann noch die besonderen Umstände eines einzelnen Berufes, die natürlich mitunter von ausschlaggebender Bedeutung sein können, wie die aufgestapelten Kohlenvorräte im Ruhrbergbau. Wenn also die Hauptvoraussetzungen für die Erzielung gestellter Forderungen durch die Arbeitsverweigerung im wesentlichen die gleichen sind, dann ist es nicht nur äußerst kurzfristig, sondern geradezu trivial, den gegen alle gewerkschaftlichen Grundregeln inszenierten Kampf im Ruhrbergbau rückhaltlos zu verteidigen, wie das von freier Gewerkschaftsseite aus geschieht. Geschieht, ohne zu bedenken, welche Wirkung das geradezu herausfordern muß.

Keine Meinungsverschiedenheit bestand über die Berechtigung der Bergarbeiterforderungen. Nur über die Möglichkeit ihrer Erzwingung durch die Bergarbeiter gingen die Meinungen auseinander. Wenn man sein Augenmerk nur auf dieses Ziel gerichtet, mußte man angesichts des Organisationsverhältnisses im Bergbau, wo ein Drittel Organisierter zwei Drittel Unorganisierter gegenüberstand, die in Frage gestellte Möglichkeit verneinen. Wenn dazu noch die ungenügende finanzielle Bereitschaft der Bergarbeiterverbände, wie sie tatsächlich bestand, tritt, mußte erst recht der Kampf abgelehnt werden. Die Bergarbeiterverbände waren ja nur in der Lage, ihre eigenen Mitglieder drei Wochen über Wasser halten zu können. Und die Unorganisierten? Erhielten diese keine Unterstützung, gingen sie zur Grube zurück. Wurden sie unterstützt, dann reichten die Kassenbestände der Verbände gar nur für eine Woche. Auf öffentlichen Sammlungen einen solchen Riesenkampf aufzubauen, wäre geradezu trivial. Das tut man nur im äußersten Notfalle bei Abwehrkämpfen, wo es sich um wichtige, erworbene Rechte der Arbeiter handelt. Niemals

### Die Frühjahrsagitation

darf nicht unterbrochen werden, sie muß ganz energisch weiter betrieben werden. Kein Kollege darf sich der Werbearbeit für den Verband entziehen.

Auf jeder Baustelle, auf jedem Werkplatz ist ein Delegierter zu wählen, der die Interessen der Organisation und der Kollegen in die Hand nimmt. Er kann das nicht, wenn er nicht die Unterstützung sämtlicher Kollegen findet.

Vergeßt die regelmäßige Kontrolle der Mitgliedsbücher nicht. Sie ist eine wirksame Waffe gegen die Fluktuation und fördert die Pünktlichkeit und den Ordnungssinn.

aber tut man dieses bei Angriffs-kämpfen, da die Opferwilligkeit hier nicht die nämliche ist wie bei Abwehrkämpfen. Aber auch die Bergarbeiterverbände müssen lernen, ihre Kämpfe zunächst aus eigener Kraft zu finanzieren.

Dazu bestand nicht die geringste Aussicht, daß der Kampf in einigen Wochen beigelegt wurde. Die sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteipresse sucht ja jetzt die vorhandenen Kohlenvorräte hinwegzudisputieren. Dazu gehört sehr viel Mut. Tatsache ist, daß ganz gewaltige Kohlen- und Koks-vorräte im Industriegebiet lagerten, die auf 5—6 Wochen reichten. Erst nach dieser Zeit konnte die Industrie in eine Notlage geraten. Bei dem bekannten Standpunkt der Zechenbesitzer war aber auch dann noch nicht anzunehmen, daß sie den Bergarbeitern entgegenkommen würden. Ein Streik von 6—8 Wochen aber mußte nach menschlicher Berechnung elend zusammenbrechen. Die Mittel der Organisationen waren alsdann aufgebraucht, ein greifbarer Erfolg konnte nach Lage der Dinge nicht erwartet werden, die Macht der Zechenbesitzer wäre größer geworden als vorher. Alle diese Ermüdungen nennt der „Grundstein“ in seiner Nr. 14 „leeres Geschwätz“. In 1905 hätten ja auch die „Christen“ sich am Streik beteiligt; ob denn dieser

nach gewerkschaftlichen Maßregeln eingeleitet gewesen wäre. Nein, das war er nicht. Die Bergarbeiterorganisationen haben damals überhaupt keinen Streik eingeleitet, er brach ohne ihr Zutun aus, sie haben ihn dann nur in die Hand genommen, um ihn, der nicht aufzuhalten war, in geordnete Bahnen zu lenken. Hätten ihn die Organisationen in 1905 eingeleitet, wäre gar nicht an seinen Ausbruch zu denken gewesen. Das sollte doch auch der „Grundstein“ wissen. Experimente, wie sie in anderen, im handwerksmäßigen Berufen möglich waren, sich großzustoßen, damit muß man im Bergbau vorsichtiger sein, als das der „Grundstein“ meint. Zunächst kann man sehr starke Zweifel in die Möglichkeit setzen, daß ein verlorener Kampf organisatorisch günstig für die Bergarbeiterverbände wirken würde. Das mag vielleicht zugunsten der Sozialdemokratie der Fall sein, aber dafür wird man uns einen opferreichen Kampf nicht zumuten wollen. Wenn wir im Baugewerbe zahlreiche Kämpfe inszeniert haben, wo nur ein geringer Prozentsatz organisiert war, dann unter der bestimmten Voraussetzung, daß trotzdem ein positiver Erfolg zu erreichen sei. Im letzten Moment schlossen sich in der Regel die Unorganisierten dem Verbände an. Die Möglichkeit, sie nach anderen Orten, wo sie Arbeit fanden, abzuweichen, ließ die Verbände die Bewegung mit verhältnismäßig sehr geringen Mitteln durchführen. Darin wird uns der „Grundstein“ beipflichten müssen: Hätten die baugewerkschaftlichen Organisationen bei ihren Kämpfen sämtliche im Umstände befindlichen Arbeiter unterstützen müssen, so wie das in anderen Berufen nicht zu umgehen ist, nicht ein Drittel der Kämpfe hätten geführt werden können, die tatsächlich geführt worden sind. Dann müßten zunächst Beiträge über eine längere Zeit geleistet werden, ehe die Bewilligung zum Kampf gegeben werden konnte. Daß der „Grundstein“ sich dazu versteigen muß, den Bergbau mit dem Baugewerbe in Analogie zu stellen, um die Situation zu retten, läßt sehr tief blicken. In den handwerksmäßigen Berufen stehen über zwei Millionen organisierter Arbeiter den wirtschaftlich erheblich schwächeren Arbeitgeber gegenüber, während den zwei wirtschaftlich mächtigsten Interessengruppen, dem Kohlenindustriat und dem Stahlwertkartell nur etwa 300 000 gegenüberstehen. Da ist vom wohlverstandenen gewerkschaftlichen Interesse eine größere Vorsicht am Platze. Verlorene gegangene Kämpfe können da weit eher schädlich für die Organisation als förderlich wirken.

Vielleicht erinnert sich der „Grundstein“ der Situation beim Abbruch des Kampfes in 1905. Damals hatten die Führer eine feste Position, trotzdem die Mut der Masse über keinen direkten Erfolg. An einen indirekten wie damals, war aber auch diesmal nicht zu denken. Ein auf den Rat der Führer inszenierter Kampf, der erfolglos hätte abgebrochen werden müssen — na, wir wollen darüber weiter nicht reden.

Das „Großstreifen“ im Bergbau ist jedenfalls unter anderen Gesichtspunkten zu bewerten, als das unter obigen Voraussetzungen im Baugewerbe der Fall sein konnte. Da kommen Fragen von so gewaltiger Bedeutung in Betracht, gegen die eine Stilllegung des Baugewerbes in irgendeinem Orte nicht im entferntesten aufkommen kann. Wer sich ohne Gewissenbedenken darüber hinwegsetzen kann, für den mag das leicht sein. Mit solchen Grundsätzen aber läßt sich eine Arbeiterorganisation auf die Dauer nicht aufrechterhalten.



### Allgemeines.

Wie „Sitz Berlin“ schwindelt. Der „Arbeiter“ Organ von „Sitz Berlin“, schreibt in seiner Nr. 14 vom 7. April in einem Artikel „Frühjahrsagitation im Bauergewerbe“ u. a. folgendes:

„Wohl aber muß bei jeder Gelegenheit betont werden, daß die am 1. April d. J. erfolgte Lohnerhöhung nur dadurch möglich war, daß die bereits organisierten Kollegen den Wert und Nutzen der katholischen Berufsorganisation rechtzeitig erkannten und auf diese Weise zum Tarifvertrage gekommen sind.“

Da schlag doch einer lang hin. Also nur dadurch, daß die bereits organisierten Kollegen den Wert und Nutzen der katholischen Berufsorganisation rechtzeitig erkannten, sollen sie die Lohnerhöhung erhalten haben und zum Tarif gekommen sein. Wie dieses Kunststück die ca. 500 Mitglieder der katholischen Fachabteilung der Bauarbeiter (mehr zählt sie in ganz Deutschland nicht) haben fertig bringen können, wird ihnen wohl selbst ein Geheimnis geblieben sein. Aber ihre Zeitung und der „Arbeiter“ bringen es zuwege, indem sie — dreist schwindeln. Die Fachabteilung hat nicht nur nichts dazu beigetragen, daß die Bauarbeiter in 1910 die Lohnerhöhung erhielten und zum Tarif kamen, sie hat ihnen im Gegenteil dort, wo sie einige Mitglieder hatte, die Situation erschwert, z. B. in Trier und Weise. In Trier schloß die Fachabteilung einen Tarif während der Aussperrung mit 3 Pf. Lohnerhöhung ab, durch den Dresdener Schiedsspruch wurden den Arbeitern 5 Pf. zugesprochen usw. Der Gesamterfolg von 1910 ist nur auf das Konto der gewerkschaftlichen Organisationen zu setzen. Wenn die Moral des „Arbeiter“ es zuläßt, etwas anderes zu behaupten, so wird damit bewiesen, daß diese nicht nach solchen katholischen Grundfögen orientiert ist, wie man sie sonst vorzuschreiben beliebt. Es handelt sich um nichts anders als um eine dreiste Lüge.

Zugleich wird damit illustriert, wie „Sitz Berlin“ sich mit den Erfolgen der „Streikorganisationen“ zu schmücken versucht, die er ihnen bei anderen Gelegenheiten abstreitet. Daß er über einen Schwindel zu dieser Wahrheit kommen muß, ist immerhin recht bemerkenswert.

**Evangelische Stimmen für die christlichen Gewerkschaften!** Immer mehr häufen sich die Stimmen protestantischer Männer für eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften. So schreibt der Professor D. Wulter in Lüdingen:

„Wir müssen nationale Arbeiterpolitik treiben, d. h. die christliche Gewerkschaftsbewegung stärken. Das ist das Richtige, und hier hat der Protestantismus viel zu tun, und zwar aus dem Grunde: Mangelndes Verständnis für die Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes. Wir Vertreter der Kirche haben weder die Interessen der Arbeitgeber, noch die der Grundbesitzer zu vertreten, andererseits brauchen wir die Geschäfte der Arbeiter auch nicht zu besorgen; aber wir haben die gewerkschaftlichen Forderungen, die das tun, nicht zu hassen, sondern in die rechten nationalen und christlichen Bahnen zu lenken, um unseres Volksganges und um der Kirche willen.“

Hoffentlich sehen es auch die evangelischen Arbeiter immer mehr ein, wie sie von den Sozialdemokraten beschimpft und verhöhnt werden. Erst am 6. März 1912 bekehrte die sozialdemokratische „Eigener Arbeiterzeitung“ die Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen Verbandes als evangelische Zentrums- und Jesuitenknechte. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß unsere evangelischen Mitglieder den roten Jesuiten die Maske vom Gesicht reißen, denn bei Baptisten haben die Gewerkschaften die evangelischen Stimmen.

**Sozialdemokraten — Betrüger.** Die sehr verbreitete polnische Zeitung „Gazeta Przemysłowa“ schreibt unter vorstehender Ueberschrift:

„Der Streik der Bergarbeiter ist beendet mit einem Misserfolg. Daß er so zu Ende gehen würde, konnte man voraussehen. Nur die Sozialdemokraten brachten zum Streik. Was für ein Interesse hatten sie dabei? Es ist klar! Dem Sozialdemokraten ging es darum, das Feuer zu schüren und eine möglichst große Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorzurufen; den Sozialisten kam es darauf an, die Ueberzeugung zu wecken, sie seien allein die Beschützer und Schutzhüter des arbeitenden Volkes. Sie wollten wohl, daß der Streik nicht gelingen werde. — Man hätte erst klüger müssen; in jedem Falle hätte man es besser gesehen, was die Gewerkschaften tun würden, und es wäre noch Zeit genug gewesen, sich zum Streik zu entschließen, wenn alle tüchtigen Mittel erschöpft waren. Den Sozialdemokraten kam es nur darauf an, zu streiken, um dadurch eine große Verwirrung hervorzurufen und im Irren für ihre Partikulare zu wirken. Schon am dritten Streiktag, wie wir bei uns wissen, begann die Zahl der Streikenden fort zu sinken, begann die Zahl der Streikenden fort zu sinken, begann die Zahl der Streikenden fort zu sinken.“

sehen! Die Sozialdemokraten hatten es und besahen ruhig den Bergleuten, weiter zu streiken, obgleich sie genau wußten, daß der ganze Streik verfehlt war.“

Man sieht, die Stimmen im polnischen Lager, die gegen die frivole und hinterlistige Taktik des sozialdemokratischen Verbandes laute Anklagen schickten, mehrten sich. Das polnische Blatt hat auch ganz recht, wenn es weiter schreibt, daß die Sozialdemokraten durch den Streik auch die Polnische Berufsvereinigung zum Fall hätten bringen wollen. Sehr richtig! Aber warum erhoben sich auf polnischer Seite keine warnenden Stimmen, die die polnischen Bergleute auf diese Hintergedanken der sozialdemokratischen Führer früh genug aufmerksam machten? Wieviel Elend und Not konnte den polnischen Arbeitern dann erspart werden!

**Die sonderbare „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften** wurde kürzlich in der Tagespresse damit charakterisiert, daß der in Liegnitz-Striegau gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Feldmann in einer öffentlichen Dankagung dem Vorstand des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts für die unzulässige Streikwahlparole seinen besonderen Dank ausgesprochen hat. Hirsch-Dundersche Blätter, auch das Hauptorgan, „Der Gewerkschaft“, haben die Sache mit einigen nichtssagenden Redensarten abzutun versucht. So einfach ist die Geschichte jedoch nicht. Im „Mittelschlesischen Volksfreund“, Nr. 20 vom 25. Januar 1912, befindet sich folgender Aufruf:

**Gewerkschaftsmitglieder!** In den hiesigen Tageszeitungen wird von einem sogenannten nationalen Wahlauspruch ein konservativ-reaktionärer Wahlauspruch veröffentlicht, der für den feudalen Feindstand von Reichthümern eintritt. Unter den zahlreicheren Unterschriften, welche dem Aufruf erst den richtigen Wert verleihen sollen, befinden sich auch Namen von Gewerkschaftsmitgliedern. Der unterzeichnete Vorstand nimmt jedoch an, daß diese Mitglieder auf einen sanfteren Druck von höheren Gewalten hin, aus Unüberlegtheit oder aus Unkenntnis der politischen Lage ihre Unterschrift gegeben haben. Ueber eine derartige Handlungsweise unserer Mitglieder sprechen wir hiermit unser tiefstes Bedauern aus. Wir eruchen jedoch unsere Mitglieder, sich durch einen solchen Sempelsang nicht beeinflussen zu lassen. Unsere Streikwahlparole lautet am Donnerstag ebenfalls wie die der fortschrittlichen Volkspartei: Auf zur Wahl gegen die Reaktion. Segen den schwarzblauen Helden! Für den Redakteur Franz Feldmann!

Der Vorstand des Ortsverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.  
Aug. Winkler, Vorsitzender.

Dieses der Neutralität hohnsprechende Dokument ist bisher von der verantwortlichen Hirsch-Dunderschen Zentralleitung u. a. weder bestritten noch abgeschüttelt worden. Es handelt sich auch durchaus nicht um eine Einzelerscheinung; immerhin ist dieser Vorgang durch seine konkrete Form zur Beleuchtung der angeklagten Hirsch-Dunderschen Neutralität besonders bezeichnend.

**Ein rentables Geschäft.** Wir haben schon verschiedentlich auf die horrenden Gewinne so mancher Boden-Spekulationsfirmen hingewiesen. Deren Wirkungen kann man so recht in Berlin mit seinem schrecklichen Wohnungselend erleben. Schrecklich hoch sind auch die Wohnungspreise. Den Nutzen davon hat natürlich das Spekulantentum. Vor uns liegt der Abschluß der Berlinischen Bodengesellschaft, Berlin, deren Aktien sich zum größten Teil im Besitze der Dresdener Bank befinden. Auf 1 Mill. Reichsmark Kapital schüttet diese Gesellschaft eine Dividende von 100 Prozent aus (wie im Vorjahre). Der Reingewinn beträgt 1,24 Mill. Reichsmark. Der Geschäftsbericht besagt, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse des Grundstücksmarktes der Geschäftsgang der Gesellschaft zufriedenstellend war. Das ist unsere Ansicht nämlich auch. Man kann dann aber auch angeführt werden, welche Gewinne bei günstiger Lage des Grundstücksmarktes gemacht werden.

Als höchst bemerkenswert verdient nachstehende Stelle des Berichts über die Zukunft des Grundstücks- und Baugewerbes registriert zu werden:

„Eine weiße Zurückhaltung der beteiligten Kreise würde zweifellos zu einer Seindung der allgemeinen Verhältnisse führen und mit der Zeit auch durch die Erhöhung der Mieten einen Ausgleich für die erhöhten Lasten schaffen, die jetzt lähmend auf das ganze Gewerbe wirken.“

Hundert Prozent Dividende und Erhöhung der Miete, ja, das ist ein Geschäft, bei dem es sich noch leben läßt. Erhöhen müssen wir bei Tarifvertragsabschlüssen und doch wieder sagen lassen, daß die „hohen“ Löhne der Bauarbeiter es sind, die das Bauen und damit die Wohnungsmiete immer teurer machen. Vorstehende Zahlen beweisen aber wieder kräftig, daß die Ursache des Übels wo anders liegt.

**„Baterländische“ und „freigewerkschaftliche“** Selbe. Kürzlich lief eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse (u. a. „Vorwärts“, Nr. 63, 1912), worin die als „Zentrumsstimmen“ titulierten christlichen Gewerkschaften wieder mal mit den Selben vermischt wurden. Anlaß dazu gab die Mitteilung des „nationalen Bauarbeiterverbandes“ an einem Sonntag „baterländischer“ Arbeitervereine in Worms teilgenommen und dort einen Bescheid gehalten hätten. Was die christlichen Gewerkschaften, denen der genannte Handlungsgewerkschaftenverband angeschlossen ist, damit zu tun haben, ist das Geheimnis der „baterländischen“ Zeitungen. Man aber zu diesem Fall folgendes Zeugnis: Das

sozialdemokratische „Volksblatt“ in Halle (Nr. 45, 1) beginnt einen Versammlungsbericht mit folgenden Worten: „Seit etwa einem Jahr treibt eine kleine Gruppe von Gewerkschaften unter der Flagge des sogenannten Vaterländischen Arbeitervereins ihr Wesen in den hiesigen Zuckerwaren-Industrie. In einigen dieser Fabriken haben sie die Denunzierer gegenüber den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern jetzt auf die Spitze getrieben. Deshalb sehen man sich genötigt, diese Gewerkschaften vor der Öffentlichkeit zu brandmarken.“

Und an der Spitze dieser so schön gekennzeichneten Vereinigung steht ein Herr Weiskopf, Stammmitglied des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes. Dessen Organ, der „Korrespondent“, versucht den gelben Verbandskollegen heranzuhauen und läßt sich dabei das interessante Geständnis entlocken, daß im Buchdruckerverband noch mehrere der Leute mit einem roten und einem gelben Arbeiter vorhanden wären. Es geht eben nichts über sozialdemokratische Prinzipienreue und Charakterfestigkeit!

**Verschmelzung des sozialdemokratischen Zimmerverbandes mit dem deutschen Bauarbeiterverbande?** Wie das „Neue Stuttgarter Tagblatt“ unter 6. April mitteilt, soll der sozialdemokratische Bauarbeiterverband bemüht sein, sich mit dem Zimmererverband zu verschmelzen. Der Zweck der Verschmelzung sei, eine besseren Zusammenhalt der Bauarbeiter zu erzielen für eine etwaige größere Arbeiterbewegung im kommenden Jahre besser gerüstet zu sein. Wenn sich diese Verschmelzung bewahrheitet, dann ist also doch der Zimmerverband auf dem Wege, der „Modestramme“ zum Opfer zu fallen. Das ist auch das vernünftigste von ihm, da über kurz oder lang bleibt ihm sonst nichts anderes übrig. Dann ist's auch um die besondere „Berufsorganisation“ der Zimmerer geschehen. Unsere Zimmererkaraden dürfte das besonders interessieren.

### Wirtschaftliche Bewegung.

**Gesperri sind: Effen (Fliesenleger) Sperre über** Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Sellen, Effen für Fliesenleger die Zwischenmeister Gelsen, Effenhausen (Streik der Maurer und Baubildarbeiter) Gallantsch (Sperre über Pankoch) wegen Unregelmäßigkeit i. Bess. (Gesperri für Zimmerer in die Firma Sengeler) Dören (Streik der Dachdecker). Effen a. Rh. (Sperre über die Betonfirmen H. Stöder, Mülheim, Fischer & Wigram, Hüser & Comp. und Gebrüder Schömer). Weiden (Sperre über die Schleusenbauten in Rodde und Altenheim) Bischofsburg (Streik der Maurer und Zimmerer). Zug ist fernzuhalten.

### Bezirk Münster.

**Rheine:** Am Dortmund-Emskanal wird eine neue neuer Schleusen eingebaut, welche seitens der Kanalbauverwaltung in eigener Regie ausgeführt werden. Nun an denselben schon im Jahre 1911 nicht der Lohn gezahlt wurde, wie er im Hochbau tariflich festgelegt ist, eruchten wir in einer Eingabe an die Kanalbauverwaltung im Frühjahr um Erhöhung der Löhne auf den tariflich festgelegten Höhe. Die Eingabe hatte den Erfolg, daß 4 Pf. die Stunde zugelegt wurden. Doch soll die Freude darüber nicht lange dauern, denn schon im Herbst, als die Hochbaukonjunktur im Hochbau nachließ, wurden die zugelegten 4 Pf. wieder abgezogen. Eine weitere Eingabe wurde, da fast alle Maurer und Zimmerer bereits organisiert waren, zu Anfang März gemacht. Wir richteten diese an den Baumeister Reefe mit dem Ersuchen die Tarifforderungen zu zahlen. Statt jedoch mit den an den Schleusenbauten Rodde und Altenheim beschäftigten Kollegen darüber zu verhandeln, ließ er zunächst die Angelegenheit zur Organisation zurückstellen. Als dabei herauskam, daß bis auf vier Mann alles organisiert war, versetzte der Herr in große Erregung und erteilte dem Bauführer den Auftrag, den Leuten zu sagen, daß es Lohnerhöhung nicht gebe. Ferner wurde dann am folgenden Tage ein Mitglied unseres Verbandes, das das „Brotbrechen“ begangen hatte, für den Verband zu agitieren entlassen. Als Antwort auf diese Provokationen legten dann unsere Kollegen die Arbeit nieder. Nun bot sich folgendes Schauspiel: Der nämliche Herr wird nun redigierlich, schnell die Namen der Sünder bei den übrigen Schleusenbauten, bei Singen usw., bekannt zu geben. Doch unsere Kollegen fanden verhältnismäßig schnell alle Unterstützung im Hochbaugewerbe, so daß der Betreffende sich die Arbeit hätte sparen können. Nun, wenn die nicht arbeitenden, gibt's andere Arbeiter, dachte er weiter, und nun versuchte man, solche von anderen Schleusenbauten nach Rodde und Altenheine zu holen, und zwar für 60 Pf. Stundenlohn, während bisher 50 Pf. gezahlt waren und nur 57 Pf. in unserer Eingabe verlangt wurden. Doch auch diese Kollegen organisiert sind, und zwar ohne Ausnahme, so lehnten sie dieses Aninnen ab, nach dem sie wußten, worum es sich handelte. Dana hat man sich um Arbeitskräfte nach Dortmund gewandt und mit 70 Pf. Stundenlohn versprochen, doch auch diese Forderung war bis zur Niederschrift dieser Zeilen vergeblich. Den einheimischen Bauarbeitern werden schroff die gewünschten Lohnzulagen verweigert, ausständigen Arbeitern dagegen bietet man bedeutend mehr. Von diesem sozialdemokratischen Verstande geht diese Handlungsweise nicht. Und wenn der Herr Regierungsbaumeister diese geschmackvoll von dem „Stri“ in Münster redet, der sich um „keine“ Arbeiter nicht zu kümmern hat, und auch sonst gern bei bekannten Kollegenhelfen gegenüber den Arbeitern schlägt, so fördert er dadurch sicher nicht die Achtung der Arbeiter vor seiner Person sowie sonstigen Gorgestellen. Auch ein Regierungsbaumeister vergibt sich nichts, wenn er mit den Arbeitern oder den Vertretern ihrer Organisation verhandelt. Zugug ist nach wie vor von den Schleusenstreik fernzuhalten.



# Abrechnung

## des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für das Jahr 1911.

Die mit einem \* versehenen Verwaltungsstellen haben für das IV. Quartal nicht abgerechnet. † bedeutet aufgelöst.

Bezirk	Verwaltungsstelle	Anzahl Mitglieder	Einnahme										Ausgabe										Summe						
			Kassenbestand		Einzahlungen		Wochenlohnbeiträge		Einnahmebeiträge		Spenden		Kontingents- u. Sozialbeiträge		Sondererhebungen		Aufnahme der Hauptkassier		Gesamteinnahme		An die Hauptkassier			An Hauptkassier verwendet für:		Gesamtausgaben		Verbleibende Kassensumme	
			Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W	Art	W		Art	W	Art	W	Art	W
<b>Bezirk Berlin</b>																													
1	Berlin	565	3781 55	91 50	14418 95			382 50	116	492 46	229	19511 96	9488 72	338 28	1267 50	392	20 70	26 50			4876 05	16409 75	3102 21						1
2	Farnen	10	27 58		73 60							101 18	62 56								4 45	67 01	34 17						2
3	Hilgen	10		3	178							182 50	153 86								10 31	164 17	18 33						3
4	Hilbenau	18		10 50	156 40							166 90	142								7 40	149 40	17 50						4
5	Senftenberg	26	160 41	6	448 40							647 81	349 54								109 87	459 40	188 41						5
6	Schleig	10	21 54		123 75							145 29	102 93		2 25						14 56	119 74	25 55						6
7	Stettin	10		9	129 65							150	101 84								29 50	131 34	8 81	16					7
8	Trübels	10	28 64		102							130 64	86 70								5 20	91 90	38 74						8
9	Viech	10	13 38		122 20							137 87	78 52		2 35						8 15	112 02	25 85						9
10	Verbitz	10	23 89		22 50							46 39	22 48								23 91	46 39							10
	<b>Summa</b>	<b>679</b>	<b>4056 99</b>	<b>120</b>	<b>15775 45</b>			<b>382 50</b>	<b>152</b>	<b>494 75</b>	<b>229</b>	<b>21210 69</b>	<b>10589 14</b>	<b>338 28</b>	<b>1295 10</b>	<b>392</b>	<b>20 70</b>	<b>26 50</b>			<b>5089 40</b>	<b>17751 12</b>	<b>3459 57</b>	<b>16</b>					
<b>Bez. Bochum</b>																													
11	Arnsberg	119	583 75	51	2062			16	33			2745 75	1690 31		85 75	36				273 20	2085 26	660 49							11
12	Bochum	1415	3651 85	467 50	36296 65			214 10	2170 40	145 04		42945 54	26370 87	26 10	838 05	156	80			9428 23	36899 25	6046 29							12
13	Dortmund	2298	10327 85	770 50	62164 40			305 90	4781 30	524 24		7887 19	43735 89	138 98	2185 25	308	426 35	288		12806 11	59898 58	18985 61							13
14	Duisburg	1101	1001 31	455 50	26675 45			33 20	1752	14 50		29931 96	19416 22	14 40	793 10					5476 10	25699 8	4232 14							14
15	Emmerich	27	332 18	2 50	390 15				61 20			786 03	239 04			36				239 68	514 72	271 31							15
16	Essen	2401	17010 80	834 50	62332 25	10 50		290 80	3445 60	1221 07		85145 52	44146 49	13 25	2593 20	572	17 50	23 35		16976 57	64342 36	20903 16							16
17	Geislar	828	4053 18	243 50	19435 35			399 00	961 80	138		2387 173	13413 15	80 95	506 40	228	1 50			5504 07	19882 57	3989 16							17
18	Gladbach	891	968 98	266	15346 25			167 10	1076 30	67 40		11381 31	11381 31		256 10	44				4842 03	16523 44	1368 59							18
19	Graen	634	241 56	200 50	12266 10	9		56 30	877 20	303 88		13954 54	7943 25		305 10	48	68 77	10		4435 21	12710 33	1244 21	300 70						19
20	Hamm	557	3298 50	176	14107 05			81 20	842 50	369 21		1887 446	10222 78	16	342 10					5110 52	15691 40	3183 06							20
21	Herhausen	556	146 74	245	2596 70			70	1149 20	807 3		14288 37	9052 51	1	422 30		16 70			3996 56	13489 07	799 30							21
22	Hochinghausen	634	3173 98	209	14056 40			114 50	941 80	267 60		18783 28	9984 08	45 58	386 85	152		92		4327 51	14988 02	3775 26							22
	<b>Summa</b>	<b>11461</b>	<b>43790 68</b>	<b>3921 50</b>	<b>277728 75</b>	<b>19 50</b>	<b>1389</b>	<b>1894 30</b>	<b>3131 67</b>	<b>3480 73</b>	<b>10</b>	<b>348073 40</b>	<b>197595 90</b>	<b>336 26</b>	<b>871 420</b>	<b>1589</b>	<b>609 32</b>	<b>2553 35</b>	<b>10</b>	<b>73315 79</b>	<b>282714 8</b>	<b>65355 58</b>	<b>300 70</b>						
<b>Bez. Breslau</b>																													
23	Altwasser	17		3	231 75							260 75	33 85							41 20	158 55	102 20	88 81						23
24	Breslau	312	3420 7	62 50	4628 95			139 50	604 37	7 50		6527 39	3237 28		112	88	1051 10			1722 29	6210 67	316 72	21 31						24
25	Brieg	53	579 2	17 50	707 20			9				791 62	564 31							21 33	773 84	17 78							25
26	Fraustadt	10		4	154 45			4				162 45	123 55							38 55	162 10	35							26
27	Kallenberg			7 50	6							13 50	10 85							1 50	12 35	1 5							27
28	Gr. Döbbern	25	774 0	7	231 35			1	476			321 51	240							35 69	275 69	45 82							28
29	Woschitz	72	650 4	11	1658 90			63 60	86			1884 54	554 06	21 30	98 30		21 25			266	960 9	923 63	668 81						29
30	Wörlitz	100	739 7	25	1921 60			46	1034			2076 91	1414 67		224 40	44				293 28	1976 35	100 56							30
31	Wlat	40	58 54	20 50	469 60			15 50		600		1154 14	358 40				600			121 29	1079 69	79 45	6 93						31
32	Wl. au	68	774 2	9	1013			47 50	386			1150 78	692 49		74 50		26			223 91	1016 90	133 88	10 98						32
33	Wubrau	18		13	60 15							73 15	59 55							9	68 55	4 60	9 3						33
34	Wroclau	37		20 50	251 10			39				310 60	269 86							31 54	30 40	9 20							34
35	Zauer	10	18 60	5	77 80			2 50				103 90	69 76							20 11	89 57	14 03							35
36	Zemmen	372	446 60	71 50	463 60			138	62			5292 77	3225 16	14	224 65		488			1103 71	5055 52	237 5							36
37	Zeuzburg	638	1316 43	151 50	7320 0			22 80	353 80	9130		18295 33	4463 80	889 81	154 45	60	9130	350		2206 56	17254 62	1040 71	296 97						37
38	Zandeshut	50	79 78	1	624 55			3 60				708 93	465 77		20					185 13	670 90	3 50							38
39	Zamslau	133	361 36	30	1525 35			141 40				2058 11	1202 13							273 28	1475 41	58 70	126 75						39
40	Zandode	10		4	59 25			8 50				71 75	49 28							15 62	64 90	6 55							40
41	Zandrig	85	73 51	18 50	1603 25			57	52 28			180 54	992 25		218 60	44				2400 3	1494 88	309 66							41
42	Zandischau		21 51									21 51								21 51	21 51								42
43	Zandagan	16	6 77	4	297 35			7	17			380 12	149 73		58 80	48				54 20	310 73	69 39	32 21						43
44	Zandagiswalde	34	14 98	12	581 95			36				644 93	453 91		4 05														







Stb. Nr.	Verwaltungsgemeinde	Anzahl der Mitglieder	Einnahme										Ausgabe										Stb. Nr.											
			Kassenbestand		Einkünfte		Mittelsbeiträge		Sonderbeiträge		Agitation u. Lokalfondsbeiträge		Sonderbeiträge		Zuschuss aus der Hauptkassa		Gesamteinnahme		An die Hauptkassa einbezahlt		An Hauptzweigen verwendet für:													
			Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.		Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.					
175	Memel	29	4801	7	48925			126		270					32		70496	46536			4980	32							12210	66926	3570		248	175
176	Rehlfeld	10		1050	8960												10010	8569										8	9369	641		176		
177	Neustadt	34	3040	8	51155			280		810							56085	44143									5440	49883	6202	1543	177			
178	Ruyig	10	1833		13070												14903	11109									1217	12326	2577		178			
179	Br Stargard	10	483	50	93					420							10253	3485									1085	4570	5683	4463	179			
180	Tavlan	41	8139	10	62510					4530				200			103179	59036					209				16667	96403	6576		180			
181	Tuchel	24		9	28085					580							29565	24839									4777	29416	149		181			
182	Wartenburg	11	5364		21010			220									26194	18079									4777	29416	149		182			
Summa		2410	360725	717	3971910	1470	93780	216330	32623	109435							4857973	2832404			38970	199900	636		30812	15163	112654	1116608	4410171	447802	110902			
Bez. München																																		
183	Angersburg	556	14127	276	1092165					119180							1263487	576459		15866		26150	164				6			471989	1107464	156023	163606	183
184	Altötting	25		11	46115					32							50415	35089				540					630			10570	46879	3536		184
185	Burghausen	23	8988	550	36265					1530							48546	27827				2115							41334	7212		185		
186	Dillingen	38	2501	9	62490			8		2090							68781	42653				27	40						18379	6732	1049		186	
187	Donauwörth	10	333	9	17630					720							19583	13992											4212	16204	1379		187	
188	Eichmühl	10	1388		14250					1620							17306	9811				810							5615	16230	1070		188	
189	Ingolstadt	137	21985	3050	255270					19740							303615	133711				32950	160						58087	270778	32537		189	
190	Kaufbeuren	22	16814	5	43650					2950							63914	16765				420							13975	31060	32554	23996	190	
191	Kempten	21	16347	10	51270					2370							70987	35967				1460							14730	52157	18830	237	191	
192	Lindau Obf.	10	5925	50	6465					10		255		3380			16975	3205				5165							5145	13515	3460		192	
193	Landskron	10		350	5535												5881	5050											180	5230	653		193	
194	Landsberg	26		14	23425					2							25025	19257											4110	23367	1658	123	194	
195	Memmingen	17	1203	650	23460					1070							26383	16720											5610	22330	4053		195	
196	München	295	101870	97	634425			5060		69410		29910					850375	391607		220		63130	232		4170	2536		257508	742371	108004		196		
197	Neuburg	13		11	30520					2930							34550	24076											5909	29984	4566	104	197	
198	Passau	50	6010	17	60610					2710							71030	44993				1795	40						13809	64597	6433	211	198	
199	Reichenhall	25	2670	27	28665					2760							36795	24125											4925	29050	7745		199	
200	Regensburg	64	59	1050	103245					8890		85					119170	62285				157	32						33416	114601	4569		200	
201	Rührahm	54	5187	18	101385			9		4180		2242					115694	79815				105	32						25124	108244	7450		201	
Summa		1406	214248	561	2636770			6760	243350	47908		3380					3208516	1563407		16086	153070	700		4170	3816			994584	2805133	403331	185183			
Bezirk Münster																																		
202	Alhaus		3578														3578												3578					202
203	Arnsberg	60	16105	550	90135					4310							1111	70065				7020							13410	90495	20605		203	
204	Borghorst	93	45154	850	200565			180		2370		4880	250				279299	97481				1313	128			50550			69097	243058	36241	11840	204	
205	Coesfeld	126	34586	2150	2785			4		11090		10665					337391	209619				20310							86335	316264	21127		205	
206	Dülmen	77	41014	16	114835			15270									172719	94785				10745							24313	129843	42876	17060	206	
207	Emdetten	95	19914	28	179730			1				58					208344	117369				15755	88						37458	179882	28962		207	
208	Gr. Ven	87	22796	8	176425			1220				4976					206217	120370				18015							31107	169492	36725		208	
209	Gr. Ven	65	7636	12	117560					20							126416	84968				6775							22995	114738	11678	196	209	
210	Garen	129	17086	1950	234470			3510		790		490					258296	173743		3714		7460							46211	231128	27168	77	210	
211	Jödenbüren	62		21	139665							5951					147716	79644		2070		14250	44						30138	130502	17214		211	
212	Lingen	62	12336	4650	114840					6		5903					138329	88341				150							28320	116661	21668		212	
213	Meile	35		5	67290												67790	52190											11190	63530	4260		213	
214	Münster	602	132019	10150	1156020			9510		11910		8634					1328243	756824				81190	200						363996	1222010	106233		214	
215	Norden	10	3672		14105					810							18587	11998											2055	14058	4534		215	
216	Norden	22	30032		43690					4750							78472	31409				2530	32						15850	53019	25453		216	
217	Osnabrück	168	55332	40	396005			2310		8020		2269					467936	252613				28040	84		40				142276	435229	32607		217	
218	Papenburg	30	5042	150	42773												47967	35497											12170	47667	3		218	







# Aus ausländischen Gewerkschaften.

**Die christlichen Tabakarbeiter Oesterreichs** hielten am 23. und 24. März ihren fünften Verbandstag in Wien ab. Als Vertreter des christlichen Tabakarbeiterverbandes Deutschlands war Koll. Köbbach anwesend.

Der Geschäftsbericht besagt, daß die Berichtszeit mit dem Zeitabschnitte beginnt, wo die Arbeitszeit von 54 auf 51 Stunden pro Woche verkürzt und der freie Samstag nachmittags eingeführt wurde. In weiteren wirtschaftlichen Ertragsverhältnissen für die Tabakarbeiter sind hervorzuheben die Durchführung der Pensionsreform, eine Neuregelung der Lohnverhältnisse und der jüngste Erfolg, der frühere Anfall der Dienstalterszulagen für das Jahr 1912. Zur Beseitigung der Wohnungsnot in den Tabakfabriken hat der Verband an kompetenter Stelle Schritte veranlaßt. Er gründete auch selbst eine Wohnungsbau-Gesellschaft, die die Errichtung von Eigenheimen in Angriff genommen hat. Auch wurde eine Verbesserung des Krankentaggelohns in den Tabakfabriken erstrebt, leider ohne Erfolg. Eine eigenartige Rolle spielte hierbei der rote Verband. Dieser wandte sich gegen das Verlangen des christlichen Verbandes, die Krankenversicherung auf die Kinder auszuweiten.

Nicht so glücklich gestaltete sich die agitatorische Arbeit. Gegen das Vorjahr ist nur ein Mehr von 13 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 6075.

Die Einnahmen in der Berichtsperiode betragen insgesamt 183 400 Kronen; die Ausgaben 154 244 Kronen. Für Unterstützungen verschiedener Art wurden allein 93 000 Kronen aufgewendet. Das reine Verbandsvermögen betrug Ende 1911 46 040 Kronen. Ueber die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den L. P. Tabakfabriken wurde ausgiebig diskutiert. Mit der Forderung auf Reform der Arbeitsordnung und Schaffung von Arbeiterausschüssen in den Tabakfabriken gedenkt man der Lösung dieser Frage näher zu kommen.

Zum Schluß fand ein Kurzus über Krankenversicherung statt, an dem sich fast sämtliche Delegierte beteiligten.

**Der Verband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Papier- und chemischen Industrie Oesterreichs** hielt seinen ersten Verbandstag am 7. April in Wels ab. Die Mitgliederzahl beträgt 426; es muß aber berücksichtigt werden, daß der Verband erst vor zwei Jahren gegründet wurde. Immerhin hat sich seine Mitgliederzahl gegen das Jahr 1910 verdoppelt, während der sozialdemokratische Verband in den letzten Jahren ein Drittel seiner Mitglieder verloren hat. Durch sechs Wohnbewegungen erreichte der Verband für die beteiligten Arbeiter eine Lohnerhöhung von 18 000 Kronen pro Jahr. Um den jugendlichen Nachwuchs zu sichern, wurde beschlossen, eine Klasse für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und für Lehrlinge mit einem Beitrag von 10 Hellern wöchentlich zu schaffen.

Wir schließen uns dem Wunsche des Vorsitzenden, mit dem er den schon verlaufenen Verbandstag schloß, an, daß die erste Hauptversammlung der Grundstein für den kommenden Ausbau des Verbandes sein möge.

# Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Kolonien** wird auch heute noch vielfach unterschätzt. Besonders in unseren Arbeiterkreisen kann man das Urteil von der völligen Verlorenheit unserer Schutzgebiete noch oft hören. Wenn auch unter Kolonialbesitz gewiß nicht der wertvollste ist (gemessen an dem Werte vieler englischer Kolonien), so ist doch nicht zu verkennen, daß derselbe für das Wachstum unserer Bevölkerung und für die sich mehr und mehr ausbreitende heimische Industrie ein nicht zu unterschätzender Faktor werden wird.

Ueber den Gesamthandel der deutschen Kolonien bringt die „Kölnische Volksztg.“ vom 11. Februar d. J. einige interessante Zahlen. Danach betrug der Gesamthandel im Kalenderjahr 1910 (die Handelsstatistik bezieht sich nicht auf das Berichtsjahr) in der Einfuhr 129 1/2 Mill. Mark, in der Ausfuhr 101 Mill. Mark; zusammen 230 1/2 Mill. Mark. Das bedeutet gegen 1909 eine Zunahme: Einfuhr 2 250 000 M = 20,7%, Ausfuhr 31 250 000 M = 44,9%. Die Zunahme des Gesamthandels betrug demnach 53 1/2 Mill. Mark = 30,2%. Der Anteil Deutschlands beträgt am Gesamthandel: an der Einfuhr 83 1/2 Mill. Mark = 64,6%, an der Ausfuhr 70 Mill. Mark = 69,3%, am Gesamthandel beträgt also sein Anteil 153 1/2 Mill. Mark = 66,3%.

Die Steigerung des Gesamthandels in Kamerun um 19 Mill. Mark oder 37% in einem Jahre, darunter die der Einfuhr um 7,7 Mill. Mark oder 43%, ist zum Teil auch auf die Eisenbahnbauten direkt oder indirekt zurückzuführen. Bemerkenswert ist dabei, daß der Anteil Englands am Kameruner Handel stärker gestiegen ist als der Deutschlands. Ostafrika weist bei einem Gesamtanhandels von 61 Mill. Mark mit 19 Mill. Mark eine sehr beträchtliche Zuwachsziffer gegenüber dem Vorjahre auf. Namentlich der Handel an der Südgrenze ist sich unter dem Einfluß der Uganda-Bahn ganz bedeutend vergrößert. In Togo ist der Einfuhrhandel aus Deutschland zurückgegangen. Doch betraf unsere bisherige Einfuhr zum Teil Eisenbahnmateriale, dessen Einfuhr nach Fertigstellung der betreffenden Bahnen natürlich aufhörte. Auch die Einfuhr der Eingeborenen mehr der Baumwoll- und Kakaofrüchte ist in der Produktion ziemlich stabil geblieben. Dadurch sind

auch die Hoffnungen auf eine andauernd aufsteigende Entwicklung der Baumwollfrüchte in Togo für den deutschen Markt etwas enttäuscht worden. Doch scheint nach der „Köln. Volksztg.“ das laufende Jahr nicht bloß in Ostafrika, sondern auch in Togo bessere Ergebnisse zu bringen. Bei dem Außenhandel Samoas, der eine beträchtliche Steigerung aufweist, ist der zunehmende Anteil Deutschlands sowohl an der Einfuhr als an der Ausfuhr in diesem so entlegenen Schutzgebiet bemerkenswert und erfreulich. Die Ausfuhr hat sich ziemlich gesteigert, darunter die Kopraausfuhr. Da die Ausfuhr nach Australien größer war als die Einfuhr, so kam als Mehrwert ein ziemlicher Posten englischen Geldes ins Schutzgebiet, dem aber bisher noch ein Anschluß an den internationalen Bankverkehr fehlt. In Neu-Guinea hat die Zunahme der Anlagenwirtschaft eine sehr beträchtliche Erhöhung der Ausfuhr gebracht. Andererseits hat infolge der Zunahme der Arbeiter und Angestellten, des Bedarfs an Geräten usw. die Einfuhr einen noch größeren Zuwachs zu verzeichnen. Besonders zu erwähnen ist bei dem Handel des Inselgebietes die große Phosphatausfuhr. Die Steigerung des Einfuhrhandels von Südwestafrika ist hauptsächlich auf die Eisenbahnbauten und die Vermehrung der Bevölkerung zurückzuführen, sie weist aber auch sonst in einzelnen Positionen Erfreuliches auf, so in der Steigerung der Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen.

Die „Köln. Volksztg.“ verweist noch auf die mannigfachen Neubauten von Eisenbahnen und ihre Auswirkungen auf den Handel. Namentlich Südwestafrika stand im Zeichen des Bahnbaues. In Ostafrika wird zugleich an zwei Bahnlösungen gebaut, und in Togo konnte die Bahn nach Atakpame dem Verkehr übergeben werden. Das Kameruner Gebiet erhielt seine erste Erschließungsbahn. Im Seeschiffahrtsverkehr traten Verbesserungen ein durch die neue Linie nach Neu-Hork. Sie brachte einen gesteigerten direkten Verkehr Nord-Amerikas mit unseren westafrikanischen Schutzgebieten. In allen Kolonien wurde im öffentlichen und privaten Hoch- und Tiefbauwesen, im Wege- und Brückenbau wie in Flußkorrekturen eine eifrige Tätigkeit entfaltet. Die Entwicklung der Schutzgebieten finanziell war im Berichtsjahre recht befriedigend.

Man erzieht aus dem Angeführten, daß unsere Kolonien doch nicht so wertlos sind, wie es von sozialdemokratischer Seite gewöhnlich hingestellt wird. Sie haben, wenn auch vielleicht keine große, so doch eine gute Zukunft. Als Absatzgebiete für unsere Industrie sowie als Bezugsquelle für Rohstoffe sind sie zweifellos einer gewissen Entwicklung fähig. Bei unserer Bevölkerungszunahme von jährlich 900 000 Köpfen sind das Faktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

**Bautätigkeit und Wohnungsangebot.** Das Statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht eine vergleichende Uebersicht über die Bautätigkeit in den größeren Städten Deutschlands während des Jahres 1911, sowie das Angebot von leerstehenden Wohnungen gegen Ende dieses Jahres. Diese Statistik ist aufgestellt auf Grund von Mitteilungen, die dem Statistischen Amt Köln von 33 deutschen Städten (mit Ausnahme von Berlin) gemacht worden sind. In diesen Städten mit 9,37 Mill. Einwohnern stieg die Zahl der neuerrichteten Wohngebäude von 9400 im Vorjahr auf 11 604 in 1911, d. i. um 22,04 oder 23,45 Prozent. Die Zahl der neuen Wohnungen stieg von 64 579 auf 74 317, d. i. um 9,738 oder 15,08 Prozent. In den vier Jahren 1908—1911 stellte sich der Jahreszugang an Wohngebäuden auf je 10 000 Einwohner der Reihe nach auf 8,37, 8,17, 10,29 und 12,39, der Jahreszugang an Wohnungen auf 53, 54, 71, 79. Das Jahr 1911 überholte also die Vorjahre hinsichtlich der Zunahme an Wohngebäuden sowohl als auch an Wohnungen beträchtlich. Nach der Zahl der neuerrichteten Wohngebäude nahm im Verhältnis zur Einwohnerzahl Essen a. R. die erste Stelle ein; es kamen auf 10 000 Einwohner dort 45,24 neue Wohngebäude. In den folgenden Städten betrug die Zahl der neuen Wohngebäude bei je 10 000 Einwohnern: in Bremen 27,10, in Duisburg 24,86, in Düsseldorf 22,71, in Stuttgart 19,87, in Straßburg 18,59, in Frankfurt a. M. 16,17, in Dortmund 16,00, ferner in Nürnberg 15,94, in Halle a. S. 13,92, in Mannheim 13,08, in Chemnitz 12,62, in Albed 12,40, in Köln 12,18 usw. Ganz zuletzt stehen Elberfeld mit 3,82, Tasselt mit 2,74 und Stettin mit 1,77. Hinsichtlich der neuerrichteten Wohnungen steht Essen a. R. mit 182 auf je 10 000 Einwohner wieder an erster Stelle. In der folgenden Abfolge folgen Chemnitz mit 134, Düsseldorf mit 130, Hamburg mit 126, Dortmund mit 114, Stuttgart mit 106 und Duisburg mit 105. Am geringsten war die Zunahme in Mainz (18 auf je 10 000 Einwohner), Tasselt (17), Elberfeld (14), Stettin (13). Der Durchschnitt belief sich auf 79. Hinsichtlich der leerstehenden Wohnungen hatten die Erhebungen folgende Ergebnisse: Der Prozentsatz der vermietbaren Wohnungen betrug sich zwischen 7,0 Prozent in Hamburg und 0,3 Prozent in Stuttgart. Wenn man 3,0 Prozent freie Wohnungen als ausreichenden Vorrat für einen normalen Bezug und Wohnungswechsel annimmt, so darf der Prozentsatz der vermietbaren Wohnungen außer in Hamburg noch in Kiel mit 5,4, in Essen und Altona mit je 4,5 Prozent als reichlich gelten. Einen mittleren Vorrat hatten Schöneberg mit 3,3, Köln mit 3,4, Düsseldorf und Kassel mit je 3,2, sowie Chemnitz mit 3,0 Prozent aufzuweisen. In allen übrigen Städten aber blieb der verfügbare Wohnungsvorrat unter dem Normalsatze von 3,0 Prozent, so daß in ihnen mehr oder minder ein Wohnungsmangel herrscht. Außer in Stuttgart fanden auffallend wenig Wohnungen für Vermietung bereit in Elberfeld und Braunschweig (je nur 0,6 Prozent), dann in Darmstadt (0,7 Prozent), Dresden (0,9 Prozent); zwischen 1 und 2 Prozent bewegte sich der verfügbare Bestand in Straßburg, Tasselt, Bremen, Dortmund, Halle a. S. und Leipzig, zwischen 2 und 3 Prozent endlich in Gießen, Albed, Mannheim und Stettin.

# Soziale Rechtsprechung.

## Der Bauunternehmer haftet für den Verschluß der Baubude.

(Nachdruck verboten.)

for. Durch den Verwahrungsvertrag wird der Verwahrer verpflichtet, eine ihm von dem Hinterleger übergebene bewegliche Sache aufzubewahren. (§ 688 BGB.)

Der Kläger ist als Erdarbeiter bei der beklagten Baufirma beschäftigt; in der Nacht wurde ihm aus der sogenannten Baubude oder Bauhütte der Arbeitsanzug gestohlen. Die Baubude war den Arbeitern nicht zum Aufenthalt während der Frühstück- und Mittagspausen zugewiesen, sondern auch zur Aufbewahrung der Kleider.

Der Kläger macht die Beklagte für den entstandenen Schaden haftbar. Sie hätte für sorgfältige Verschließung der Bude Sorge tragen müssen, sie habe also durch eine Unterlassungssünde den Diebstahl verschuldet. Der Wächter habe die Baubude nicht verschlossen und daher jedermann die Möglichkeit gewährt, in den Raum einzudringen und zu stehlen. Der Kläger beansprucht eine Entschädigung von 4,70 M.

Die Beklagte meint, daß sie ihre Pflicht erfüllt habe, indem sie einen Wächter für die Baustelle anstellte. Es sei nicht immer möglich gewesen, die Baubude verschlossen zu halten, da mehrere hundert Arbeiter auf dem Baugrundstück tätig gewesen und immer einige in den Aufenthaltsraum gekommen seien. Dieser wäre ursprünglich auch zur Aufbewahrung der Kleider bestimmt gewesen, jetzt sei aber eine Veränderung getroffen; wer zu den Kleiderstücken gelangen wolle, müsse jetzt den Wächter zur Aufschließung des Raumes veranlassen.

Das Gewerbegericht zu München hat die Beklagte Firma verurteilt. (Vergleiche Gewerbe- und Kaufmannsgericht Nr. 4, 1912.) Der Verwahrungsvertrag bildet im vorliegenden Falle einen Teil des zwischen den Parteien abgeschlossenen Dienstvertrages. Die beklagte Firma haftet nach den allgemeinen Grundgesetzen der §§ 276 ff. BGB. Der Anspruch ist demgemäß gerechtfertigt. Die Beklagte hat selbst die frühere Verwahrung der Arbeitskleider ohne besonderen Verschluß für ungenügend gehalten und deshalb eine Veränderung getroffen. Hätte sie von Anfang an die Kleider ebenjogut unter Verschluß gehalten wie ihre eigenen Utensilien, so wäre der Diebstahl nicht vorgekommen. Die unzulängliche Einrichtung ist als ein schulhaftes Verhalten der Beklagten anzusehen, woraus sich ihre Entschädigungspflicht ergibt.

# Gerichtliches.

## Unklugbarkeit der Vertragsstrafe bei Aussperrungsverabredungen.

Ein bemerkenswertes Urteil fällt das Reichsgericht am 21. März 1912. Bekanntlich suchen die Arbeitgeberverbände bei der Inszentierung von Aussperrungen sich der wankelmütigen Unternehmer dadurch zu sichern, daß sie diesen hohe Strafen auferlegen, falls sie die Aussperrung nicht mitmachen. So handelte auch ein Verein der Arbeitgeber in Hannover, der angeblich die Herbeiführung geordneter Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen will. Als im Jahre 1910 im Baugewerbe die Aussperrung perfekt wurde, faßte dieser Verein den Beschluß, daß seine Mitglieder am 15. April alle Bauarbeiter zu entlassen hätten, andernfalls sie mit einer Konventionalstrafe von 5 M für jeden Tag und jeden Arbeiter bestraft würden. Diesem Beschlusse hatte sich der Architekt und Maurermeister K. in Hannover nicht gefügt. Deshalb legte ihm der Vereinsvorstand für die Zeit vom 16. bis 21. April, also sechs Arbeitstage mit je 70 Arbeitern eine Konventionalstrafe von 2100 M und für weitere Zuwiderhandlung in der Zeit vom 22. April bis 14. Mai eine solche von 2875 M auf. Da sich der Maurermeister weigerte, diese Summe zu zahlen, erhob der Arbeitgeberverband Klage. Der verlassene Maurermeister erhob Widerklage. Das Landgericht Hannover beurteilte den Beklagten zur Zahlung und wies die Widerklage ab. Das Oberlandesgericht teilte dagegen auf der Berufung des Klägers statt. Die Klage wurde abgewiesen und festgestellt, daß dem klagenden Arbeitgeberverein Ansprüche auf Zahlung der Konventionalstrafe nicht zuzustehen. Das Reichsgericht stellte fest, daß sich der Kläger mit Unrecht darauf beruft, daß der Beklagte aus dem Arbeitgeberverbande nicht ausgetreten (also von der Verabredung nicht zurückgetreten) sei. Denn der § 152 gestatte dem Austritt und entzieht noch daneben einer Verabredung der darin bezeichneten Art die Klugbarkeit. Deshalb sei die Klage unbegründet; daraus ergab sich ohne weiteres, daß die zulässige Widerklage gerechtfertigt sei. Die Widerklage war erhoben auf Feststellung, daß dem Kläger Ansprüche auf Vertragsstrafe wegen Fortführung des Arbeitens nicht zuzustehen.

**Erlaubter Boykott.** sk. (Nachdr. auch im Auszug verb.) Der Boykott ist ebenso wie der Streik und die Aussperrung ein an sich erlaubtes Kampfmittel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Als gegen die guten Sitten verstößend und darum zum Schadenersatz verpflichtet ist er jedoch dann, wenn sein Zweck ein unzulässiger ist. Das Erstrebene günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist aber stets erlaubt und darum nicht unzulässig, so daß auch ein Boykott zu diesem Zweck nicht unzulässig ist.

Zu diesem für die gesamte Arbeitgeber- und Arbeitnehmerenschaft hochbedeutenden Ergebnis ist das Reichsgericht in einem jüngsten Falle gekommen, der ganz besondere Beachtung aller Kreise verdient.

Der Schlächtermeister K. in Hamburg war mit seinen Gesellen, Mitgliedern des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, in Differenzen geraten. Die Gesellen hätten die Vermittlung des Verbandes erwischt, bei ihrem Meister auf eine Verbesserung ihrer Arbeits-



